

Pressemitteilung des dlh vom 01.12.2025

Lehrerverband: Ausweitung der Parkgebührenzonen darf nicht zur Kostenfalle für Kasseler Lehrkräfte werden!

Der Kreisverband Kassel des Deutschen Lehrerverbandes Hessen (dlh) zeigt sich äußerst besorgt über die Pläne der Stadt Kassel, in Bereichen wie etwa dem Vorderen Westen, der Südstadt und Teilen von Bad Wilhelmshöhe und Wehlheiden zum 1. Mai 2026 neue Parkgebührenzonen einzuführen. Betroffen davon wären zum Beispiel die Herkules-Schule, die Albert-Schweitzer Schule oder die Reformschule. Die endgültigen Gebührenhöhen sind bislang noch nicht bekannt, dennoch mehren sich schon jetzt die Sorgen und Proteste aus den Kollegien.

Dazu führt der Kasseler dlh-Kreisvorsitzende Boris Krüger aus: "Viele Lehrkräfte pendeln täglich aus dem Umland nach Kassel, bringen ihre Kinder vor Unterrichtsbeginn in Kindertagesstätten oder weiter entfernte Schulen und haben dadurch keine realistischen Alternativen zum Auto. An den Schulen stehen nur wenige oder keinerlei ausgewiesene Lehrkräfteparkplätze zur Verfügung. Daher ist die Parksituation ohnehin bereits seit Langem angespannt."

Besonders betroffen von den Parkgebühren sind Beschäftigte der Beratungs- und Förderzentren (BFZ) sowie Lehrkräfte im schulübergreifenden Einsatz, die täglich mehrere Standorte anfahren müssen. Für diese Kolleginnen und Kollegen ist der private PKW zwingend erforderlich, um zuverlässig zwischen Einsatzorten wechseln zu können. Verschärfte Parkregelungen würden ihre Arbeitsbedingungen erheblich beeinträchtigen. Bereits jetzt melden sich Lehrkräfte, die aufgrund der geplanten Maßnahmen über einen Schulwechsel nachdenken.

Der stellvertretende dlh-Kreisvorsitzende Timo Marx warnt eindringlich vor den Folgen: "Eine solche Entwicklung gefährdet die Personalbindung, verschlechtert die Unterrichtsversorgung und senkt die Attraktivität Kassels als Schulstandort. Hinzu kommt, dass bestimmte, unbedingt notwendige Arbeitsaufträge – etwa der Transport von Sportmaterialien zu ausgelagerten Sportstätten – ohne PKW praktisch nicht durchführbar sind."

Um Planungssicherheit zu schaffen und unverhältnismäßige Belastungen zu verhindern, erwartet der Lehrerverband klare Antworten von der Stadt Kassel und dem Staatlichen Schulamt. Unerlässlich sei Transparenz darüber, wie Parktickets zeitlich und kostenmäßig ausgestaltet werden sollen, ob Sonderregelungen für bestimmte Beschäftigte vorgesehen sind und welche finanziellen Belastungen auf Lehrkräfte und weitere schulische Fachkräfte zukommen.

Der dlh-Kreisverband Kassel fordert im Einzelnen:

- Verbindliche Abstimmungen mit Schulen und Personalvertretungen vor Einführung der neuen Gebühren.
- Ausstellung von komplett kostenfreien oder deutlich vergünstigten Mitarbeiterparkausweisen für Lehrkräfte und BFZ-Beschäftigte, analog zu Anwohnerparkausweisen.

- Ausweisung ausreichender Lehrkräfteparkplätze im direkten Umfeld aller betroffenen Schulen.
- Berücksichtigung schulischer Einsatzrealitäten (Pendeldistanzen, Mehrstandorteinsätze, Materialtransporte) bei allen zukünftigen Parkraumregelungen.
- Sicherstellung, dass Personalgewinnung und -bindung nicht beeinträchtigt werden, insbesondere im Hinblick auf Fachkräftemangel und landesweite Konkurrenz um qualifizierte Lehrkräfte.

Boris Krüger appelliert abschließende an die Verantwortlichen in Stadtverwaltung und Schulamt, die geplanten Maßnahmen sorgfältig zu überprüfen und praxismgerechte Lösungen zu schaffen. Nur so könne gewährleistet werden, dass Lehrkräfte unter fairen Arbeitsbedingungen ihren Beitrag zu guter Bildung in Kassel leisten können.

Boris Krüger, Kontakt: 0151 42341192